

Selenskyj appelliert an Moskaus Kämpfer

Ukrainischer Präsident ruft russische Soldaten zur Fahnenflucht auf – Scheinreferenden laufen weiter

SEBASTIAN KUNIGKEIT, ULF MAUDER UND HANNAH WAGNER

Moskau/Kiew. Die von Kremlchef Wladimir Putin angeordnete Teilmobilmachung im Angriffskrieg gegen die Ukraine sorgt für weiteren Ärger und neue Proteste in Russland. In der Teilrepublik Dagestan im Kaukasus gingen Polizisten nach Angaben von Bürgerrechtlern mit Warnschüssen gegen Demonstranten vor. Am Sonnabend wurden bei Protesten in über 30 russischen Städten mehr als 780 Menschen festgenommen, wie die unabhängige Organisation OVD-Info berichtete. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj forderte Moskaus Kämpfer zum Aufgeben auf. Es sei besser, die Einberufung abzulehnen, als auf fremder Erde als Kriegsverbrecher zu sterben.

Putin will rund 300.000 Reservisten einziehen lassen, um nach Niederlagen der russischen Armee in der Ukraine die dort noch besetzten Gebiete zu halten. Er hatte am Mittwoch eine Teilmobilmachung angeordnet, was bei vielen Russen Panik auslöste.

Rundumschlag gegen den Westen

Moskaus Außenminister Sergej Lawrow nutzte die Generaldebatte der UN-Vollversammlung in New York für einen zornigen Rundumschlag gegen den Westen. In den russisch besetzten Gebieten im Osten und Süden der Ukraine zogen die Besatzer die Scheinreferenden über einen Beitritt der Regionen zu Russland weiter durch.

Nach Angaben von OVD-Info wurden seit Mittwoch fast 2100 Menschen bei Protesten gegen die Teilmobilmachung festgenommen. Die russische Polizei ging am Sonnabend teils brutal gegen Teilnehmer der von den Behörden verbotenen Anti-Kriegs-Proteste vor. Aus St. Petersburg wurden in sozialen Netzwerken Videos veröffentlicht, die zeigten, wie Männer in Kampfuniform und mit Helm auf Demonstranten einknüpelten. OVD-Info berichtete unter Berufung auf Augenzeugen, dass die Sicherheitskräfte Elektroschocker eingesetzt hätten.

Im Dorf Endirej in Dagestan blockierten Anwohner eine Straße, um so die von Russland Präsident Wladimir Putin angeordnete Teilmobilisierung zu behindern, wie OVD-Info am Sonntag mitteilte. Auf Videos ist zu sehen, wie Polizisten Gewehre in die Luft richten, dann sind Schüsse zu hören. Laut dagestanischen Medien war der Protest eine Reaktion darauf, dass aus dem Dorf 110 Männer in den Krieg gegen die Ukraine gezwungen wurden.

Selenskyj bot an, dass sich russische Soldaten freiwillig in Kriegsgefangenschaft begeben könnten. Dort würden sie zivilisiert behandelt, sagte er in seiner am Sonnabendabend veröffentlichten Videobotschaft. Der Staatschef wandte sich damit schon zum zweiten Mal in dieser Woche auf Russisch an die Nachbarn – gegen die „verbrecherische Mobilisierung“. Mit Blick auf hohe Strafen für Fahnenflüchtige in Russland, die Krenlchef Wladimir Putin am Sonnabend in Kraft setzte, sagte Selenskyj, dass niemand erfahren werde, unter welchen Umständen die Soldaten aufgeben.

Russlands Chefdiplomat Lawrow wies Kritik am Krieg gegen die Ukraine und an den Scheinreferenden zurück. Er warf dem Westen in New York vor, die Welt spalten und sein Land zerstören zu wollen. Mit Blick auf die USA, die EU und ihre Verbündeten sagte er am Sonnabend: „Es ist ihnen nicht mal mehr peinlich, offen zu erklären, dass es nicht nur die Absicht gibt, unserem Land eine militärische Niederlage zuzufügen, sondern Russland zu zerstören, zu zerstückeln.“

Aus „Sonderoperation“ wird „Konflikt“

Einmal mehr kritisierte Lawrow auch westliche Waffenlieferungen an die angegriffene Ukraine. Die USA, die Nato und die EU könnten vor diesem Hintergrund nicht behaupten, an dem „Konflikt“ unbeteiligt zu sein. Bei einer Pressekonferenz im Anschluss machte er deutlich: „Das gesamte Gebiet der Russischen Föderation, das in der russischen Verfassung festgelegt ist und noch zusätzlich festgelegt werden kann, steht auf jeden Fall unter dem vollen Schutz des Staates.“ Seit Freitag wird in den vier russisch besetzten Gebieten Cherson, Donezk, Luhansk und Saporischschja in Scheinreferenden über einen Beitritt zu Russland abgestimmt. Die international als Bruch des Völkerrechts kritisierten Abstimmungen sind noch bis Dienstag angesetzt. Erwartet wird, dass Putin die Gebiete schon am Freitag in die Russische Föderation aufnehmen könnte.

ZUR SACHE

Serbien verweigert Anerkennung von Pseudo-Abstimmungen

Trotz der guten Beziehungen Serbiens zu Moskau wird die Regierung in Belgrad die Ergebnisse der Scheinreferenden in den von Russland besetzten Gebieten in der Ukraine nicht anerkennen. Das sagte Serbiens Außenminister Nikola Selakovic am Sonntag bei einer Pressekonferenz, wie serbische Medien berichteten. Eine Anerkennung dieser Scheinreferenden „würde völlig gegen unsere nationalen und staatlichen Interessen, die Wahrung der Souveränität und territorialen Integrität und die Unverletzlichkeit der Grenzen verstoßen“, sagte der Minister. Selakovic bezog sich damit auf die aus Belgrader Sicht vorliegende Parallele zwischen Russlands Angriff auf die Ukraine und dem Kosovo-Problem. Darauf hatte auch Serbiens Präsident Aleksandar Vucic zuletzt bei der UN-Vollversammlung in New York hingewiesen: „Was ist der Unterschied zwischen der (Souveränität) der Ukraine und der Serbiens? Die Souveränität und territoriale Integrität Serbiens wurden grob verletzt und das haben Sie, oder zumindest einige von Ihnen, legitimiert und international anerkannt“, sagte Vucic. Die ehemalige serbische Provinz Kosovo hatte 2008 ihre Unabhängigkeit erklärt. Diese wird von Serbien nicht anerkannt, wohl aber von den meisten anderen Staaten.
